IMT Nuremberg Archives

H – 4863

International Court of Justice

1321

V. pour authentification
RF 1301

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit RF 1321
Filed Feb 6, 1946

102765

H4863 – 0002

H4863 - 0003

Stellungnahme

des Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg zum Einspruch der französischen Regierung (Generalkommissariat für Judenfragen) vom 25. Juli 1941 gegen die Beschlagnahme von Kunstschätzen aus jüdischem Besitz

---

Zu dem Einspruch der französischen Regierung gegen die Beschlagnahme von Kunstschätzen aus jüdischem Besitz ist folgendes zu sagen:

I.

1. Die von der französischen Regierung angezogenen Beschlagnahmen wurden von dem Einsatzstab Rosenberg durchgeführt auf Grund der Führerentscheidungen, die in den Briefen des OKW vom 5. Juli 1940 und vom 17. September 1940 festgelegt sind.

2. Gegenstand der Beschlagnahme waren lediglich Kunstschätze und Forschungsmaterial aus dem Besitz von Juden, die ihren Wohnsitz im besetzten Frankreich hatten.

3. Nicht beschlagnahmt wurden durch den Einsatzstab: Wertpapiere aus jüdischem Besitz, wogegen die französische Regierung ebenfalls unter I A Ziffern 1 bis 3, 8, 10 und 11 des Einspruchs vom 25. Juli 1941 protestiert hat. Es ist möglich, dass das Devisenschutzkommando, das dem Einsatzstab Rosenberg jeweils Kunstschätze zuleitete, die Wertpapiere in den von ihm geöffneten Tresors vorgefunden hat. Über die Verwendung dieser Wertpapiere ist hier nichts bekannt, vielmehr ist lediglich die Entscheidung des Devisenschutzkommandos massgebend.

4. Nicht beschlagnahmt wurden: Kunstschätze aus französischem Staatsbesitz, noch aus französischem (nichtjüdischem) Privatbesitz. Soweit sich in einigen Fällen herausstellte, dass das beschlagnahmte Material zum Privatbesitz von Franzosen (Nichtjuden) gehörte, wurden diese Gegenstände bereits zurückgegeben.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUERNBERG, GERMANY
Exhibit RF 1321
Filed Feb 6, 1946

102766

H4863 - 0004

II.

Die Motive zur Beschlagnahme von Kunstschätzen aus jüdischem Besitz waren folgende:

1. Der Krieg gegen das Grossdeutsche Reich wurde besonders durch Judentum und Weltfreimaurerei betrieben, die, verbündet mit ihnen genehmen Politikern, verschiedene europäische Staaten und Völker in den Krieg gegen Deutschland gehetzt haben. Die Massnahmen des Deutschen Reiches gegen die Juden als Urheber dieses grossen Krieges müssen daher ganz besondere sein.

2. Die Deutsche Wehrmacht hat durch die Eroberung Frankreichs den französischen Staat und das französische Volk von dem Einfluss des internationalen Judentums befreit. Der Waffenstillstand mit dem französischen Staat und Volk wurde nicht geschlossen mit den Juden in Frankreich, die nach dem massgeblichen Rechts- und Staatsgedanken des Grossdeutschen Reiches in keiner Weise mit dem französischen Volke gleichgestellt werden dürfen. Gleichgültig, ob die Juden die französische Staatsangehörigkeit besassen oder nicht, ob sie derselben für verlustig erklärt worden sind oder nicht - in jedem Falle gelten sie als besonderer "Staat im Staate" und als bleibender Gegner des Deutschen Reiches. Sie haben in anderen Staaten diese Einheit fortlaufend bekundet. Die Massnahmen des Reiches gegen die Juden in Europa müssen deshalb auch rechtlich grundlegend anders gewertet und beurteilt werden, als die Massnahmen z.B. gegen das französische Volk.

3. Die Auffassung des Grossdeutschen Reiches geht dahin, dass die Juden in Frankreich - wie in der ganzen Welt - sich nur deshalb so grosse Schätze aneignen konnten, weil sie durch ihre politische Einflussnahme dem Deutschen Volk die Möglichkeit nahmen, an den Gütern und mithin auch an den Wirtschafts- und Kulturgütern der Welt beteiligt zu werden. Ferner haben jüdische Emigranten aus Deutschland ihre Werte in andere Länder, zum Teil auch nach Frankreich, mitgenommen. Der deutsche Ursprung jüdischen Reichtums steht z.B. beim Hause Rothschild

A 102767

H4863 - 0005

einwandfrei vor der Geschichte fest. Die Beschlagnahme jüdischer Kulturgüter stellt also nur eine verhältnismässig geringfügige Vergeltung an dem jahrzehntelangen jüdischen Gegner dar.

4. Einen wirkungsvollen und erfolgreichen Kampf gegen das Weltjudentum hat bisher nur das Grossdeutsche Reich geführt. Im Zuge der Waffentaten seines Heeres wurden die Völker Europas von der jüdischen Herrschaft befreit. Die Sicherstellung des Kunstbesitzes der Juden ist deshalb zugleich zu werten als eine geringe Abgeltung der grossen Lasten und Opfer, die das Reich im Kampf gegen das Judentum für die Völker Europas gebracht hat.

5. Die deutschen Vergeltungsmassnahmen gegen die Juden sind auch völkerrechtlich begründet. Es gibt im Völkerrecht den anerkannten Grundsatz, dass im Kriege mit den gleichen Mitteln und Anschauungen operiert und Vergeltung geübt werden darf, die der Gegner zuerst benutzt hat. Die Juden haben aber seit jeher in ihrem jüdischen Recht, das im Talmud und Schulchan aruch niedergelegt ist, den Grundsatz durchgeführt, dass alle Nichtjuden "dem Vieh gleichzuachten" und daher rechtlos sind, dass das Eigentum der Nichtjuden "wie etwas, das preisgegeben wurde" - also als herrenlos - zu behandeln sei. Genau im gleichen Sinne hat erst kürzlich wieder der Präsident der amerikanischen Friedensvereinigung (American Federation of Peace) Theodore Nathan Kaufman in seinem bekannten Buch "Germany must perish!" ausgeführt, dass alle Deutschen als Vieh zu behandeln und zu sterilisieren seien. Das Grossdeutsche Reich hat davon abgesehen, zur Vergeltung dieser jüdischen Grundsätze die Juden in Europa und besonders in Frankreich entsprechend zu behandeln. Das Reich hat insbesondere den jüdischen Grundbesitz und die jüdischen Mobilien in Frankreich nicht angetastet, mit Ausnahme des jüdischen Schrifttums und Kunstbesitzes.

6. Eine Schädigung des französischen Staates oder gar des französischen Volkes wurde durch die Beschlagnahme nicht beabsichtigt und nicht herbeigeführt. Die jüdischen Kunstschätze waren vorher dem französischen Volke niemals zugänglich. Der Reich-

H4863-0006

tum der Juden in Frankreich wurde auch nicht zum Nutzen des französischen Volkes, sondern lediglich zu privaten Geschäften der Juden verwandt. In Durchführung jüdischer Geschäfte wurde aber das französische Volk im Jahre 1939 erneut in einen Krieg gegen Deutschland hineingehetzt.

7. Die französische Regierung beruft sich zu Unrecht darauf, dass das Vermögen dieser Juden zum grössten Teil - nach Aberkennung der französischen Staatsangehörigkeit - beschlagnahmt und dem nationalen Hilfswerk zur Verfügung gestellt worden sei. Diese Möglichkeit, über jüdischen Besitz zu verfügen, hat aber der französische Staat nicht aus eigener Macht ergriffen, sondern erst auf Grund des Sieges der deutschen Waffen erhalten. Der französische Staat hat allen Anlass, dem Grossdeutschen Reich für den Kampf gegen das Judentum dankbar zu sein. Er hat deshalb auch kein Recht, gegen die vom Reich als Siegerstaat gegen die Juden durchgeführten Massnahmen zu protestieren. Massgebender Zeitpunkt für die Beschlagnahmen ist nach der Anordnung des Führers vom 17. September 1940 der 1. September 1939. Was nach diesem Zeitpunkt des Kriegsbeginns an Übereignungen, Verwahrungsaufträgen, Beschlagnahmen und stonstigen Verfügungen über den jüdischen Besitz getroffen worden ist, das ist dem Reich gegenüber also gegenstandslos und rechtsunwirksam. Es ist also unbeachtlich, wenn z.B. einige Juden ihren Besitz noch den französischen Nationalmuseen zur Verwahrung übergeben haben, oder wenn jüdischer Besitz zu Gunsten des nationalen Hilfswerkes durch den französischen Staat beschlagnahmt worden ist. Das erste Verfügungsrecht über den jüdischen Besitz hat lediglich das Reich, das in grosszügiger Weise zu Gunsten des französischen Staates auf die Liegenschaften und sonstigen Besitztümer der Juden in Frankreich verzichtet hat, um lediglich das Forschungsmaterial und die gesammelten Kulturgüter aus jüdischem Besitz sicherzustellen.

8. Ebensowenig kommt die Anwendung des Haager Abkommens in Betracht, wonach die Beschlagnahme von Privatbesitz ausgeschlos-

A102769

H4863 - 0007

sen sein soll. Wie oben unter Ziffer 5 ausgeführt worden ist, steht der Jude mit seinem Besitz ausserhalb jedes Rechtes, weil er umgekehrt von sich aus seit Jahrtausenden die gleiche Rechtlosigkeit allen Nichtjuden zugedacht hat.

III.

Es kann vom deutschen Standpunkt aus nicht anerkannt werden, dass durch die Beschlagnahme des jüdischen Kunstbesitzes eine Verärgerung des französischen Volkes und eine Beinträchtigung der rücksichtsvollen und milden Durchführung der Aufgaben der deutschen Besatzungsarmee erfolgen könnte. Wenn die französische Regierung sich der Tragweite der grossen politischen Neugestaltung Europas bewusst ist, so muss sie sich verpflichtet fühlen, dem französischen Volke klarzumachen, dass der Krieg mit Deutschland, so bedauerlich er auch gewesen ist, dennoch die Grundlage für den kommenden dauernden Frieden zwischen den beiden Völkern darstellt, weil das Grossdeutsche Reich in diesem Kriege Frankreich von der Judenherrschaft und von den Kriegshetzern befreit hat. Wenn das Grossdeutsche Reich nicht den gesamten Besitz der Juden für sich beschlagnahmt hat, so muss dieses ausserordentlich grosse Entgegenkommen dem französischen Volk als solches klargemacht werden. Dank der Deutschen Wehrmacht ist das französische Volk wieder Herr über den grossen Grund- und Hausbesitz der Juden geworden, die z.T. Stätten ältester französischer Tradition umfassen. Erst heute stehen diese einst durch Börsenspekulationen und Betrug auch an der französischen Nation erschlichenen Güter Frankreich zur Verfügung, das bis dahin nicht imstande gewesen ist, sich in ihren Besitz zu setzen.

Berlin, den 3. November 1941 - U/Sz

A 102770

DOC. R.F. N°

PRISE DE POSITION

de l'Etat-Major Spécial du Reichsleiter ROSENBERG au sujet de la protestation du Gouvernement Français (Commissariat Général aux Questions Juives) en date du 25 Juillet I94I, contre la saisie d'objets d'art appartenant à des Juifs.

Au sujet de la protestation du Gouvernement Français contre la saisie d'objets d'art appartenant à des Juifs, il y a lieu de dire ce qui suit :

I

1.- Les saisies citées par le Gouvernement Français ont été effectuées par l'Etat-Major Rosenberg en vertu des décisions du Fuhrer formulées dans les lettres du Haut Commandement de l'Armée en date du 5 Juillet I940 et du I7 Septembre I940.

2.- La saisie a touché simplement des objets d'art et des documents appartenant à des juifs qui avaient leur domicile en France occupée.

3.- Les titres appartenant à des juifs n'ont pas été saisis par l'Etat-Major. Or, le Gouvernement Français a protesté également contre une telle saisie sous les N° I A, à i à 3, 8 I0 et 11 de la protestation du 25 Juil et I94I. Il est possible que le service de protection des devises qui dirige it vers l'Etat-Major Rosenberg des objets d'art, ait trouvé des titres dans les trésors ouverts par lui. Ici nous ignorons tout de l'emploi qui a été fait de ces titres et tout dépend de la décision du service de protection des devises.

4.- Il n'a été saisi d'objets d'art appartenant à l'Etat-Français, ni appartenant à des particuliers français non juifs. Si dans quelques cas il s'est révélé que les objets saisis faisaient partie de la propriété privée de français non juifs, ces objets ont été déjà restitués.

II

Les motifs de la saisie d'objets d'art appartenant à des juifs étaient les suivants :

1.- La guerre contre le Grand Reich allemand a été poussée spécialement par la juiverie et la franc-maçonnerie mondiale qui alliées avec des politiciens à leur goût, ont lancé divers états et peuples européens dans la guerre contre l'Allemagne. C'est pourquoi les mesures du Reich allemand contre les juifs comme auteurs de cette grande guerre doivent être toutes spéciales.

.../.

A102771

H4863 - 0008

H4863 – 0009

2.- Par la conquête de la France , l'armée allemande a libéré l'Etat et le peuple français de l'influence de la juiverie internationale. L'armistice avec l'état et le peuple français, n'a pas été conclu avec les juifs en France, qui, d'après les conceptions juridiques et politiques essentielles du Grand Reich allemand, ne peuvent être d'aucune manière placés à égalité avec le peuple français. Qu'ils aient été déclarés déchus ou non, peu importe, dans tous les cas ils sont considérés comme un "Etat dans l'Etat" et comme un adversaire permanent du reich allemand. Ils ont constamment montré dans d'autres Etats qu'ils formaient cette unité. Les mesures du Reich contre les Juifs en Europe doivent donc, même au point de vue juridique, être considérées et jugées d'une manière fondamentalement différente des mesures prises par exemple contre le peuple français.

3.- Le Grand Reich allemand considère que les Juifs en France comme dans le monde entier n'ont pu s'approprier de si grandes richesses que grâce à une prise d'influence politique qui a ôté au peuple allemand la possibilité d'avoir part aux biens et par conséquent aux biens économiques et culturels de l'univers. En outre, des émigrés juifs partis d'Allemagne ont emporté leurs valeurs dans d'autres pays, partiellement en France. Par exemple, l'origine allemande de la richesse juive est irréfutablement établie devant l'histoire en ce qui concerne la famille Rothschild. La saisie des biens culturels juifs ne constitue donc qu'une mesure de représailles relativement insignifiante contre le juif, notre adversaire depuis des dizaines d'années

4.- Jusqu'ici, seul le Grand Reich allemand a mené avec succès une lutte efficace contre la juiverie universelle. Par suite des faits d'armes de son armée, les peuples de l'Europe ont été libérés de la domination juive. La mise en sûreté des oeuvres d'art possédées par les juifs doit donc être en même temps considérée comme une faible indemnité pour les lourdes charges supportés et les grands sacrifices faits par le Reich en faveur des peuples d'Europe dans la lutte contre la Juiverie.

5.- Les mesures de représailles allemandes contre les juifs ont aussi leur fondement dans le droit des gens. Il y a dans le droit des gens un principe reconnu selon lequel on a le droit d'employer dans la guerre les mêmes moyens, de se servir des mêmes conceptions; d'exercer les mêmes représailles dont l'adversaire a lui-même usé le premier. Or, les Juifs ont de tout temps dans leur droit Judaïque, formulé dans le Talmud et dans Schulchan Aruchn, appliqué ce principe que tous les non juifs "doivent être considérés comme du bétail" et par conséquent sont dépourvus de droits; que la propriété des non-juifs doit être traitée comme une chose qui a été abandonnée

.../..

102772

H4863 - 0010

c'est-à-dire comme n'ayant pas de maitre. Exactement dans le même esprit le Président de la Fédération Américaine pour la Paix, Théodore Néthan Kaufman, a exposé récemment encore dans son livre bien connu, "l'Allemagne doit périr", qu'il faut traiter tous les allemands comme du bétail et les stériliser. Le grand Reich allemand ne s'est pas proposé par représailles contre ces principes juifs, d'appliquer aux Juifs en Europe et spécialement en France un traitement correspondant. En particulier, le Reich n'a pas touché à la propriété foncière juive, ni à la propriété mobilière juive en France, à l'exception des écrits et des objets d'art.

6.- La saisie effectuée n'avait pas pour intention et n'a pas eu pour résultat de faire tort à l'Etat français ou au peuple français. Jamais les objets d'art juifs n'ont été auparavant accessibles au peuple français. Les richesses des juifs en France n'ont pas été employées au profit du peuple français, mais uniquement pour les affaires privées des juifs. Mais dans la réalisation des juives, le peuple français, en I939, a été de nouveau poussé dans une guerre contre l'Allemagne.

7.- Le Gouvernement français invoque à tort que les biens de ces juifs ont été pour la plus grande part, après le retrait de la nationalité française, saisis et mis à la disposition du Secours National. Cette possibilité de disposer des biens juifs, l'Etat Français ne l'a pas acquise par son propre pouvoir, il ne l'a obtenue que par la victoire des armes allemandes. L'Etat français à toutes raisons d'être reconnaissant au Grand Reich allemand de la lutte menée contre la juiverie. C'est pourquoi il n'a aucun droit de protester contre les mesures que le Reich, en sa qualité d'état vainqueur, applique contre les Juifs. Selon l'ordonnance du Fuhrer du I7 Septembre I940, la date qui compte pour les saisies est le Ier Septembre I939 . Toute mesure prise après cette date du début de la guerre en fait de transfert, de propriété, de mise en dépôt, saisies et autres dispositions concernant les biens juifs, est donc, vis vis à vis du Reich sans objets et juridiquement sans effet. Peut importe donc que, par exemple, quelques juifs aient remis ce qu'ils possédaient à la garde des Musées Nationaux Français, ou que des biens Juifs aient été saisis par l'Etat français au profit de l'oeuvre du Secours National. C'est le Reich seul qui a par priorité le droit de disposer des biens juifs. Le Reich a, par un procédé magnanime au bénéfice de l'Etat français, renoncé aux biens immobiliers et autres biens des juifs en France, mettant en sûreté seulement les documents de recherches et les biens culturels appartenant à des biens juifs.

.../...

A102773

H4863 – 0011

8.- Il ne peut pas davantage être question d'appliquer la Convention de la Haye selon laquelle doit être exclues la saisie des biens privés. Ainsi qu'il a été exposé ci-dessus sous le chiffre 5, le Juif avec ses biens se situe hors de tout droit, parce que depuis des millénaires il a, de son chef, considéré tous les non-juifs comme dépourvus de tous droits.

III

Du point de vue allemand, il n'est pas possible d'admettre que la saisie des objets d'art juifs ait pu constituer une vexation pour le peuple français et une atteinte à l'exécution pleine de ménagements et de douceurs des tâches de l'armée allemande d'occupation. Si le gouvernement français a conscience de la portée de la grande rénovation politique de l'Europe, il doit sentir qu'il a le devoir de faire comprendre au peuple français que la guerre avec l'Allemagne, si regrettable qu'elle ait été, constitue cependant la base de la future paix durable entre les deux peuples, parce que dans cette guerre le Grand Reich allemand a libéré la France de la domination juive et des excitateurs de guerre. Si le Grand Reich allemand n'a pas saisi à son profit tous les biens des juifs, il faut expliquer au peuple français que c'est là une mesure de prévenance extraordinaire. Grâce à l'armée allemande, le peuple français est redevenu maitre des grands biens fonciers et immobiliers des Juifs, qui parfois comprennent des lieux de tradition française très ancienne. C'est maintenant seulement que ces biens, jadis ravis à la nation française par des spéculations de bourse et des duperies, sont à la disposition de la France, laquelle jusqu'ici n'a pas été en mesure de se mettre en possession de ces biens.

UTIKAL
Berlin, 3 Novembre 1941.

A 102774

H-4863

RF 1321

RF 1321

A 102764

9

H4863 – 0012